

Kleine Anfrage 1853

der Abgeordneten Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Auflagen zur Hundesteuersatzung für Hornow- Wadelsdorf zum Entwurf eines Vertrages zur Eingliederung in die Stadt Spremberg

Während der Verhandlung des Amtes Döbern-Land und Spremberg zur Eingliederung der Gemeinde Hornow- Wadelsdorf wurde zur Hundesteuersatzung ein Kompromiss ausgehandelt, dass die geltenden Hundesteuern 5 Jahre lang in gleicher Höhe fortgelten soll. Dazu wurde der Entwurf eines Vertrages zur Eingliederung mit einem Stand vom 30.06.2014 dem Ministerium für Inneres und Kommunales vorgelegt.

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es auch bei anderen Eingliederungen/Eingemeindungen in anderen Gemeinden Vereinbarungen, dass verschiedene Höhen der Hundesteuer für bestimmte Zeiträume beibehalten wurden.

Die Besitzer von Hunden sind nun stark verärgert, da Ihnen die Möglichkeit der später anzupassenden Hundesteuer in den Einwohnerversammlungen im Jahr 2014 dargestellt wurde, andererseits ein Schreiben aus dem MIK vom 01.07.2015 als Antwort der Schreiben aus der Stadt Spremberg vom 22.01. 2015, 26.03.2015 und 21.05.2015 vorliegt, dass eine Genehmigung des Vertrages in diesem Fall ausgeschlossen ist und eine Fortgeltung der Hundesteuersatzung nicht in Betracht kommt. Die kommunale Steuersatzung ist unverzüglich anzupassen, soweit an der vorgesehenen Regelung festgehalten wird, führt dies zur Rechtswidrigkeit des Vertrages, so das Schreiben des MIK.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Hinweise wurden der Gemeinde Hornow- Wadelsdorf während der Eingliederungsverhandlungen gegeben und zu welchen Zeitpunkten?
2. Worin wird das Problem gesehen, dass bei einer Eingliederung ein Sondersteuergesetz festgesetzt wird?
3. Auf welche Rechtsgrundlage bezieht sich das MIK bei der Feststellung, dass unverzüglich eine Anpassung zu erfolgen hat?
4. Wie erklärt das MIK den Abgeordneten, dass durch das Ministerium die Steuerhebesätze festgesetzt werden?

5. Da in Erklärungen offenbar auch Einnahmeausfälle als Begründung dienen, die Hundesteuersatzung an die Werte von Spremberg zwingend anzulehnen, bitte ich um Auflistung, um welche Summen es sich handelt und wie hoch die Differenzen des Ortsteiles und der Kernstadt sind?
6. Den Bürgerinnen und Bürgern von Hornow-Wadelsdorf wurde erläutert, dass wenn es zu der vom MIK geforderten Angleichung der Hundesteuer kommt, ein Zuschußbeschluss der Stadt Spremberg gefasst wird, um die Differenzen und die Ungleichbehandlung mit anderen eingegliederten Ortsteilen, auszugleichen. Unter welchen Bedingungen kann so ein Beschluss herbeigeführt werden?
7. Die Gegner der Eingliederung verweisen nun darauf, dass sie davor gewarnt haben und fühlen sich bestätigt, sie schüren die steigende Unzufriedenheit bei politischen Entscheidungen. Welche Hilfestellung vom Land erhalten die aktiven Abgeordneten, besonders aus den Ortsteilen, um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren?
8. Wie hoch stellen sich die Steuerausfälle durch Vattenfall für die Stadt Spremberg in den letzten 5 Jahren dar?(Bitte pro Jahr einzeln darstellen!)
9. Ist es Ansinnen des MIK, mit einer Bagatellsteuer wie der Hundesteuer in Ortsteilen, große Steuerausfälle durch Vattenfall zu kompensieren, mit dem Wissen, dass in der Grenzregion der Hund im Dorf insbesondere regelmäßig ein Wachhund ist?